GRATIS

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 58 · Frühjahr 2014 · Kostenlos

ERSTER MAHNGANG ZU DER ERINNERUNGSSTÄTTE

FÜR DIE IN DER NS-ZEIT ERMORDETEN SOLINGER SINTI

INHALT

40 Ausgaben	**2**
Die Verfolgung und Diskriminierung von Sinti und Roma hat eine lange Tradition	**3**
Klimabonus soll helfen	**4**
ALG-II: Fast die Hälfte lebt weit unter dem Regelsatz-Existenzminimum	**4**
Planungsausschuss beschließt Gesamtgutachten für das Ittertal	**5**
Die Nordstadt ist lange genug geteilt. Ein Kommentar	**6-7**
Das „Kommunalwahlprogramm“ der AfD	**8**
CDU beschließt Zusammenarbeit mit AfD nicht aus	**8**
Fälschen Rep's und Pro NRW Unterschriften?	**8**
Junge Union will Videoüberwachung	**8**
Gründungsversammlung der BürgerEnergie Solingen	**9**
Vater Teresa vom Tegernsee	**10**
Hebammenunterstützung	**11**
Stimmen zur Ukraine/Krim Krise	**12**
Gibt es Krieg? Ein Kommentar	**12**
Internationale Meldungen	**13**
Kino für Menschenrechte 2014	**14**
Hier dürfen wir nicht sein, aber weiter läßt man uns nicht	**14**
Veranstaltungen im Zentrum für Verfolgte Künste	**15**
Nordstadt ist Kultur	**15**
Bürgerfunkprogramm April, Mai und Juni 2014	**15**

Die tacheles Redaktion sucht noch Leute, die Lust und Zeit haben bei uns mit zu machen.

Kontakt:
tacheles-solingen@gmx.de
oder Donnertags Café Courage
Klemens-Horn-Str. 3

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de
Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
Ausgabe 58 - 1. April 2014
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Cafe Courage,
Klemens-Horn-Str. 342655 Solingen
Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Layout: Heinz Mähner
Titelbild: H. G. Koch

40 Ausgaben

Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.
Bertold Brecht

Es liegt mir nicht zu Schreiben, Artikel schon gar nicht. Trotzdem bin ich seit über 40-Ausgaben bei der tacheles. Im Laufe der Zeit habe ich meine Aufgabe gefunden. Am Anfang hab ich Ideen, Infos und Fotos beigesteuert, seit einiger Zeit mach ich auch das Layout, mal mehr, mal weniger gut.

Warum all die Mühe?

Unser Schwerpunkt liegt in der Lokalpolitik, manchmal sehen wir auch über den Tellerrand hinweg, wie auch wieder in dieser Ausgabe. Es hängt eben alles mit allen zusammen.

Es geht uns darum, Themen und Ereignisse aufzugreifen, die in der Lokalpresse gar nicht oder nur am Rande erwähnt werden und diese zu vertiefen oder einen Fingerzeig darauf zu richten.

Zu dem Gruppen/Personen ein Forum zu bieten, ihre Ansicht/Meinung einem größeren Publikum mitzuteilen. Ich halte die Zeitung für die Solinger Medienlandschaft für wichtig genug, um meinen Beitrag zu leisten damit sie fortbestehen kann.

Im Laufe der Zeit …

… habe ich einige Leute kommen und gehen sehen, manche waren unersetzbar.

Manche gingen aus beruflichen/privaten Gründen, andere wechselten ihre Aktivitäten. Einige kamen mit der Gruppendynamik nicht klar, oder hatten den Arbeitsaufwand einfach unterschätzt, der hinter so einen Projekt steckt. Es ist nicht einfach eine Zeitung im non-professionellen Bereich am Leben zu erhalten, aber es ist die Mühe wert.

Ausblick

Was ich ich mir für die tacheles wünsche ist, dass sich mehr Leute ein bringen und sich die finanzelle Situation stabilisiert, denn leider ist auch diese Zeitung vom Geld abhängig.

Heinz Mähner

Frauen und Café Courage Initiativen Treff e.V.
Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

tacheles-Jahresabo
Ein Jahr für 13 € frei Haus
Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.
BLZ 330 605 92
(Sparda Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Stichwort „tacheles-Abo“

DIE VERFOLGUNG UND DISKRIMINIERUNG VON SINTI UND ROMA HAT EINE LANGE TRADITION

Mehr als 80 Solinger folgten am 5. März diesen Jahres dem Aufruf des Solinger Appells, unterstützt durch verschiedene antirassistische und -faschistische Initiativen, sowie dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage. Anlass war der 71. Jahrestag der Deportation von 62 Solinger Sinti in das Vernichtungslager Auschwitz am 3. März 1943.

Mindestens 62 zumeist Solinger Sinti, die Hälfte davon Kinder unter 14 Jahren, wurden am 3. März 1943 von der Kriminalpolizei aus den beiden städtischen „Zigeuner-Lagern" (Potshauser Straße 10 und Wörthstraße 24), zur Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz abtransportiert. Für mindestens 55 von ihnen war dies eine Fahrt in den Tod.

Im Aufruf zur Gedenkkundgebung heißt es weiter: „Der Antiziganismus hatte, ebenso wie der Antisemitismus, gerade in Deutschland, auch vor der Machtübertragung an die Hitler-Diktatur, eine lange Tradition. Auch während der Weimarer Republik verhielten sich in Solingen vor allem die Medien „Zigeunern" gegenüber ebenso repressiv diskriminierend wie im ganzen Land. Die Schikanen von heute, z. B. gegen die „Roma-Rumänen", sind zwar mit denen von damals (Verweigerung des Wandergewerbescheins, ständige Kontrollen, Ortsverweise usw.) nicht zu vergleichen, ähneln sich jedoch im Ziel der Vertreibung aus den Städten in denen sie Zuflucht suchen.

Nach 1933 verschärfte das NS-Regime die bisher schon üblichen behördlichen Repressionen gegen die „Zigeunerplage" bis hin zur Vernichtung der „minderwertigen fremden Rasse", welche spätestens nach dem Befehl von SS-Führer Heinrich Himmler, vom 16. Dezember 1942, systematisch betrieben wurde.

Das Solinger Tageblatt vom 18.10.1933 publizierte den damaligen Solinger Polizeichef mit den Worten: „Da die Zigeuner keinen wertvollen Zuwachs für die Bevölkerung darstellen, geht mein Bestreben dahin, den Ortsbereich ganz rein von Zigeunern zu halten und Zuziehende schnell abzuschieben. Ich richte daher an die gesamte Bevölkerung die Bitte, mich in diesem meinem Bestreben zu unterstützen und an Zigeuner keine Plätze oder Unterkünfte mehr zu vermieten oder überhaupt zur Verfügung zu stellen."

Pfarrer Hartmut Schneider sprach auf dem Mühlenplatz Foto: Dietmar Gaida

Heute, 71 Jahre nach dieser Deportation, rufen wir die Solingerinnen und Solinger auf, keine weitere Diskriminierung von Roma und Sinti aus Rumänien, Ex-Jugoslawien und anderswo mehr zu zulassen. Stellt euch gegen die rassistischen Hetzer von Pro-NRW, NPD und Republikanern und anderen. Setzt Euch gemeinsam mit uns für eine humane und liberale Willkommenskultur für alle Menschen, die in unserer Stadt leben und arbeiten wollen, für den Schutz und die menschenwürdige Versorgung, Behandlung und Unterbringung von Flüchtlingen ein. Tragen Sie mit dazu bei, dass die bislang weitgehend vergessene nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma im kollektiven Gedächtnis unserer Stadt bewahrt wird und den nachkommenden Generationen Mahnung und Aufforderung sein wird."

Heinz Siering, der Leiter der Jugendhilfewerkstatt, erinnerte daran, dass es 64 Jahre gebraucht hat, bis zum ersten mal, am 3. März 2007, die Opfer der Solinger Sinti öffentlich gewürdigt wurden. Auf Initiative des Solinger Appells und des Unterstützerkreises Stolpersteine hatte er damals das Denkmal für sie an der Korkenziehertrasse geschaffen.

Der Walder Pfarrer Hartmut Schneider zog Parallelen zwischen der Verfolgung der Sinti und Roma, vor und während der Nazidiktatur, zur heutigen Diskriminierung von Zuwanderern vor allem aus Rumänien. Er appellierte daran, aus der Geschichte zu lernen und diesen Menschen beizustehen statt sie auszugrenzen.

Die Feigeli-Prisor-Gypsi-Swing-Band aus den Niederlanden begleitete die Gedenkkundgebung mit eigens zu diesem Anlass einstudierten Kompositionen und gab am Abend ein begeistert gefeiertes Zusatzkonzert in der nahe gelegenen Kult-Kneipe, Mumms.

Etwa 60 Teilnehmer zogen nach der Kundgebung noch zum Mahnmal der deportierten Sinti an der Korkenziehertrasse um dort rote Rosen niederzulegen.

„Zukünftig werde man jedes Jahr den Jahrestag der Deportation und Ermordung der Solinger Sinti in einem würdigen Rahmen gedenken", bekräftigten die Organisatoren der Veranstaltung, Norbert Schmelzer und Frank Knoche.

Frank Knoche.

Die Feigeli-Prisor-Gypsi-Swing-Band begeisterte auch im Mumms Foto: Dietmar Gaida

KLIMABONUS SOLL HELFEN

Das Mitte-Links-Mehrheitsbündnis, von SPD, Grüne, BfS und DSW, im Rat will einen Klimabonus für Hilfeempfänger einführen, damit diese auch in etwas teureren, energetisch sanierten Wohnungen leben können. Hierbei sollen, nach Bielefelder Modell, die Richtlinien für die Werte angemessener Unterkunftskosten für HilfeempfängerInnen neu ermittelt werden. Auf diese Basiswerte sollen dann je nach der Größe der nachgewiesenen Energieeinsparung (Gebäudeenergieausweis z. B.) Bonis erteilt werden. Je geringer der dokumentierte Energieverbrauch ist, desto höher dürfte dann die Kaltmiete sein. Die Höhe des Klimabonus sollte sich an den Bielefelder Werten, welche mit 0,35 Euro bis 0,65 Euro pro m² festgelegt wurden, orientieren.

Das Klima-Bonus-Modell wird seit Jahren in Bielefeld und in Paderborn erfolgreich praktiziert. Beide Stadtverwaltungen bestätigen, dass es hierbei nicht zu Mehrausgaben für die Kommunen kommt und mittel- und langfristig steigende Ersparnisse erzielt würden. Die Paderborner Verwaltung teilte am 13.09.2011 dem Sozial- und Gesundheitsausschuss hierzu folgendes mit: „Die Anerkennung einer höheren Miete für energetisch sanierten Wohnraum ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für alle Beteiligten (Vermieter, Mieter, Kommune) zu rechtfertigen. Der deutliche Rückgang des Energieverbrauchs führt zu Einsparungen bei den Energiekosten. Ziel des Klimabonus sei auch die Schaffung eines wirksameren Anreizsystems für Vermieter zur energetischen Gebäudesanierung. Damit würden kommunale Klimaschutzziele weiter unterstützt. Nicht zuletzt sei der Klimabonus auch ein wirksamer Beitrag zur Verhinderung von Ghettobildung, erklärten die Antragsteller.

Frank Knoche

ALG-II: FAST DIE HÄLFTE LEBT WEIT UNTER DEM REGELSATZ-EXISTENZMINIMUM

41 Prozent der ALG II-Empfänger müssen monatlich mit 10 bis 30 Prozent unterhalb des Regelsatzes auskommen

. Das ergab eine Anfrage des grün-offenen Sozialausschussvorsitzenden Frank Knoche. Er hatte die Verwaltung gefragt wie viele Hilfeempfänger in Solingen es gibt, die Kürzungen von 10 bis 30 Prozent des Regelsatzes haben und damit weit unter dem Existenzminimum leben müssen. Die Antwort der Verwaltung: „Insgesamt wurden 7.383 Zahlfälle zum Oktober 2013 abgerechnet. Bei 3.009 Fällen (40,75 %) wurde eine Aufrechnung vorgenommen. Diese teilen sich wie folgt auf:

1.263 (rd. 42 %) Aufrechnung von Darlehen für Mietkautionen, Bauvereinsanteile, Miet-/Stromrückstände

1.746 (rd. 58 %) Aufrechnung von Rückforderungen wegen zu Unrecht erbrachter Leistungen, Nachberechnungen etc.

Eine weitere Aufschlüsselung der Kürzungen von 10-30% ist programmseitig leider nicht möglich.“

Eine Bewertung dieser statistischen Zahlen ergibt, dass fast die Hälfte der Langzeitarbeitslosen in

dieser Stadt hoffnungslos verschuldet sind und seit Einführung von Hartz-IV, im Jahr 2005 immer mehr in eine immer größer werdende Schuldenfalle geraten. Die Ersparnisse (geschütztes „Vermögen“) der Hilfeempfänge haben sich im Bundesdurchschnitt durchschnittlich pro Kopf seit

Einführung von Hartz IV fast halbiert.

Außerdem begründen sich Rückforderungen des Jobcenters auch in der Regel nicht mit falschen oder verspäteten Angaben der Hilfeempfänger, sondern entstehen oft aus überlangen Bearbeitungszeiten bei der Behörde selbst, mit zu hoch angerechnetem Einkommen, oder längst eingereichten

Unterlagen die vorrübergehend nicht auffindbar sind.

alfa
MESSEBAU
UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

PLANUNGSAUSSCHUSS BESCHLIEßT GESAMTGUTACHTEN FÜR DAS ITTERTAL

In der letzten Ausgabe der tacheles berichteten wir über geplante Gewerbegebiete auf vier weiteren großen Flächen im Ittertal. Dabei sprachen wir die Kritik an den zu erwartenden Auswirkungen dieser Planungen an. Gefährdet sind insbesondere drei Funktionen des Ittertals: Für das Stadtklima und die Luftgüte in Ohligs, Wald und Gräfrath, als Teil des Biotopverbundsystems Ohligser/Hildener Heide-Ittertal-Tal der Wupper/Großbiotop Burgholz sowie als bedeutender Naherholungsraum.

Hier soll das geplante Gewerbegebiet Fürkelrath II entstehen
Foto: B.I. „Rettet das Ittertal“

Die Verwaltung hatte ursprünglich geplant, die Gebiete nach der berühmten „Salamitaktik“ scheibchenweise und einzeln nach und nach zu entwickeln und Umweltprüfungen jeweils nur zu dem jeweiligen Plangebiet durchzuführen. Am 9.12.2013 beschloss der Stadtentwicklungsausschuss des Solinger Stadtrates (ASUKM) mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste, BfS und DSW gegen die Stimmen von CDU und FDP jedoch: „Der ASUKM fordert in Bezug auf die weitere Bebauung des Ittertals, insbesondere durch Gewerbeansiedlungen, die Erstellung eines Gesamtgutachtens unter Nachhaltigkeitsaspekten und ökologischen Gesichtspunkten, welches Politik und breiter Öffentlichkeit frühzeitig vor weiteren Beratungen vorgelegt werden soll.“ Damit hat die Stadtverwaltung einen klaren Auftrag erhalten: „frühzeitig vor weiteren Beratungen“ zu Gewerbegebieten im Ittertal muss ein Gesamtgutachten zu den Umwelt-Auswirkungen der verschiedenen Planungen auf das Ittertal erstellt werden. Dies ist ein wichtiger Erfolg der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“, in der sich viele AnwohnerInnen sowie für die Umwelt und den Landschaftsschutz engagierte SolingerInnen zusammengeschlossen haben.

Es gilt jedoch wachsam zu bleiben, ob der Beschluss auch vollständig umgesetzt wird: Bevor das Gesamtgutachten vorliegt dürfen z.B. die Planungen für das geplante Gewerbegebiet Fürkeltrath II nicht weiter vorangetrieben werden. Auch der nächste Planungsschritt, die vorgesehene Bürgerbeteiligungs-Veranstaltung zu Fürkeltrath II, darf nach dem Wortlaut des Beschlusses erst deutlich nach der öffentlichen Bekanntmachung des Gesamtgutachtens durchgeführt werden.

Dietmar Gaida

Infos: www.rettetdasittertal.de
Kontakt: Ingo Hill / ibhill@t-online.de

Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen.
Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.
Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:
www. attac-netzwerk.de/solingen
Kontakt: solingen@attac.de
Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157

FÜR BARRIEREFREIE FUSSGÄNGERÜBERWEGE - DIE NORSTADT IST LANGE GENUG GETEILT

Kommentar zu einer aufgeregten Diskussion

Angesichts des medialen Gefechtslärms fällt es nicht ganz leicht, sachlich zu bleiben, wenn es um die scheinbar wichtigste Frage der Solinger Kommunalpolitik geht: Soll vor dem Stadttheater eine Treppe gebaut werden?
Eine illustre Allianz aus Piraten und Rechtspopulisten im Kommunalwahlkampf, um die öffentlichen Finanzen ernsthaft besorgten SolingerInnen, aber auch radikalisierten KleinbürgerInnen hat Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt. Meinungen werden hin und her geworfen, aber es verdichtet sich der Eindruck, dass die ganz hartnäckigen Treppen-GegnerInnen gar nicht hinhören, wenn Argumente für das Vorhaben ge nannt werden. Ich will es dennoch versuchen:

Wie konnte es soweit kommen, dass sich eine Autobahn in die Innenstadt verirrte?

In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts entschieden sich die Solinger KommunalpolitikerInnen, die Stadt nach dem Leitbild der „autogerechten Stadt“ komplett umzukrempeln und vieles abzureißen oder zuzubetonieren. Es wurden so „fortschrittliche“ autobahnähnliche Zukunftsprojekte geplant wie die Lochbachtalstraße, die Mitteltangente, die Westumgehung Ohligs, die Verlängerung der L74 durch Burg bis zur A1 und die Viehbachtalstraße von der A 542 quer durch Solingen bis zur L 74, gekreuzt von der durch Gräfrath führenden A 31. Viele dieser Planungen wurden von späteren Generationen wegen ihrer Unsinnigkeit und ihrer Menschen- und Naturverachtung wieder eingestampft. Zum Glück, denn sonst wäre es mit der „Stadt im Grünen“ heute vorbei. Aber nicht nur in unseren Tälern sollte gewütet werden. Erst vor ca. 10 Jahren wurde die Westumgehung Solingen aufgegeben, da sich herausstellte, dass die Stadt 35% der damals geschätzten Kosten von 65 Mio. €, also ca. 23 Mio. € Eigenanteil (!) hätte zahlen müssen für eine sehr geringe Entlastung, die von den AnwohnerInnen kaum wahrzunehmen gewesen wäre.

Auch die durch die Innenstadt verlaufende Konrad-Adenauer-Straße (hier kurz: K.A.S) bekam das Flair eines Autobahnzubringers. Hier sollte eigentlich, ähnlich einem Autobahnkreuz, ein kreuzungsfreies Verkehrsknoten-Brückenbauwerk auf mehreren Ebenen entstehen. Zahlreiche Gebäude wurden für den gigantischen Ausbau der Straße und des Schlagbaums abgerissen, selbst die Christians-Villen gegenüber dem Theater waren von der Stadt schon aufgekauft worden, um sie dafür abzureißen. Das hat nicht ganz geklappt, aber anderes schon: Möglichst viele und möglichst breite Fahrbahnen laden heute die Autofahrer besonders im Abschnitt vor dem Theater zum „Heizen“ ein. Gigantisch hohe Lichtstrahler verbreiten die geliebte „Sonnborner-Kreuz-Atmosphäre“ und vertreiben jede Gefahr, sich hier heimisch zu fühlen. Auf diesem Innenstadt-Zubringer stören FußgängerInnen nur und werden deshalb unter die Erde in einen von außen nicht einsehbaren Betontunnel geschickt. Schon zuvor war eine Treppe vor dem Stadttheater abgerissen worden, weil es zu gefährlich für die FußgängerInnen wurde, durch den dichten Verkehr zu rennen. Ein beampelter Fußgängerüberweg zum Theater wurde damals natürlich nicht gebaut, dies hätte ja die „autogerechte Stadt“ konterkariert. So weit so schlecht.

Die Straße ist am Theater auf 350 m Länge unüberwindbar geteilt

Gab es zu wenig Bürgerbeteiligung beim Umbau der K.A.S. / des Theaterumfelds?

Der stadtverträgliche Umbau der Konrad-Adenauer-Straße war schon im 1991 gefassten Ratsbeschluss zum Innenstadtkonzept enthalten. Dazu gab es eine umfangreiche Bürgerbeteiligung. Die BürgerInnen wurden zu mehreren Planungswerkstätten eingeladen und kamen. Die Stadt stellte Bauwagen an verschiedenen Orten auf und verteilte Fragebögen, auf denen Anregungen und Kritik zum Erscheinungsbild der Innenstadt aufgeschrieben werden konnten. 450 BürgerInnen nutzten dies. Sie benannten Problematisches und machten Vorschläge. Die Umsetzung des 1991 begonnenen Innenstadtumbaus ist heute weit fortgeschritten: Dazu gehören die zwei neuen Bahnhaltepunkte, die Güterhallen, der Südpark (zuvor: Schrottplatz), das Zentrum für Produktdesign im alten Bahnhof, der neu gestaltete Busbahnhof am GWP, der große freie Platz Neumarkt (zuvor: Busbahnhof), der umgestaltete Fronhof (zuvor: Parkplatz), die verkehrsberuhigte Mummstraße/Kölner Straße im Stadtzentrum … Vieles ist gut geworden, nicht allen gefällt alles, aber es herrscht Einigkeit, dass diese Planungen die gesamte Stadt vorangebracht, sie menschenfreundlicher gemacht haben.

Als letzte Bausteine des Innenstadtkonzeptes fehlen noch das Begrünungskonzept mit der Vernetzung der bis an die Innenstadt heranreichenden grünen Täler und Anlagen sowie der Umbau der K.A.S. und des Theaterumfeldes. Nachdem 1999 ein erster einstimmiger Beschluss zum Umbau der K.A.S. scheiterte, wurde 2005 ein neuer Anlauf gemacht: Der Stadtrat beschloss, einen Rahmenplan für die Nordstadt aufzustellen. Es wurde ein „Integriertes Handlungskonzept für die Solinger Nordstadt - ‘Der bunte Stadtteil mit Zukunft’“ entwickelt. Dabei organisierte die Verwaltung erneut eine sehr umfangreiche Beteiligung der BürgerInnen und der Akteure. Insgesamt ca. 570 Personen wurden in Haustürgesprächen, Treffen mit Vereinen, an Infoständen bei Festen und mit einer öffentlichen Bürgerinformations-Veranstaltung im Theater und Konzerthaus über die Überlegungen informiert und die Anregungen der BürgerInnen wurden eingeholt. Der Vorwurf mangelnder Bürgerbeteiligung stimmt bei der Nordstadtplanung eben nicht, auch wenn es richtig ist, dass wir bei vielen Projekten in Solingen eine viel bessere und frühere Bürgerbeteiligung wie auch eine viel informativere Internetpräsenz der Stadt benötigen.

Das Integrierte Handlungskonzept wurde im Oktober 2006 als Ergebnis der umfangreichen Bürgerbeteiligung erarbeitet. Darin stehen klare Beschreibungen: *„Die Situation hat mittlerweile eine Dimension erreicht, in der eine erhebliche Abwertung des Stadtteils zu befürchten ist. In der Summe weist die Solinger Nordstadt beachtliche städtebauliche, soziale, infrastrukturelle und funktionale Mängel auf. Dies gilt besonders für die Konrad-Adenauer-Straße, die die räumliche Mitte des Stadtteils bildet und an der sich die Versorgungseinrichtungen befinden. Die vierspurige Straße stellt einen Angstraum und eine nur schwer zu überwindende Barriere dar.“* (S. 1) Und: *„Ein weiterer unattraktiver Bereich des öffentlichen Raums ist die Unterführung der Konrad-Adenauer-Straße. Das bestätigten auch die Beteiligten der Sozialraumanalyse. Die Eingänge zur Unterführung wirken nicht einladend und die richtungweisende Beschilderung ist nüchtern und unansprechend gestaltet. Diese Merkmale führen dazu, dass diese wichtige Verbindung, die ohnehin schon einen Angstraum darstellt, weiter gemieden wird.“* (S. 19) Und: *„Eine repräsentative Öffnung des Hauses zur Konrad-Adenauer-Stra-*

ße ist nicht gegeben. Daher liegt das Theater und Konzerthaus isoliert vom Rest der Straße.“ (S. 19) Das Handlungskonzept enthält ebenfalls die Forderung nach einer *„Bedarfsampel am Theater und Konzerthaus“*.

2007 beschlossen Bezirksvertretung (BV) und Planungsausschuss (ASUKM) einstimmig den Umbau mit zusätzlichen Fußgängerquerungen, einer Baumallee und Kurzzeitparkplätzen. Darin enthalten waren auch ein Überweg und eine Treppe zum Theater. Leider hat die Haushaltssituation die Umsetzung der Planung um mehrere Jahre verzögert. 2012 wurden die Beschlüsse zum Straßenumbau erneut bestätigt und die Verwaltung beauftragt, diese bei der Bezirksregierung einzureichen. 2013 beschloss die BV Mitte einstimmig und der ASUKM mit einer Gegenstimme, auch den konkreten Entwurf für die Umgestaltung des Theaterumfeldes mit einer Treppe zwischen dem Theater und dem Überweg an der K.A.S.

Warum soll der Tunnel durch einen Fußgängerüberweg ersetzt werden?

Die Straßenquerung an der Haltestelle Rathausplatz ist für den Fuß-, Bus- und Radverkehr extrem wichtig. Der Tunnel ist nicht barrierefrei. Nur wenn die Rampen an den Ausgängen verdoppelt würden, könnte er als Fußgängerquerung gemäß den Vorgaben des Landes dienen. Kann man sich ein derartiges Bauwerk vorstellen? Statt in der Innenstadt zwischen Rathaus und Stadttheater würde man sich in Betonröhren und zwischen noch weitaus längeren tief eingeschnittenen Betonwänden bewegen. Das ist nicht sinnvoll in einer Stadt, deren Bevölkerung immer älter wird. In der es immer mehr Gehbehinderte, Rollatornutzer und RollstuhlfahrerInnen gibt.

Gerade abends ein Angstraum: Der Tunnel

Die Betonmauern an den Rampen- und Treppenausgängen sind schon heute hässlich und sperren oberirdisch die beiden Straßenseiten voneinander ab.

Der Tunnel ist schon heute für viele ein Angstraum. Viele nutzen ihn nicht, sondern gehen ohne Ampel über die Straße obwohl dies sehr gefährlich ist. Besonders viele Frauen fühlen sich hier unsicher. Das 1997 vom Stadtplanungsausschuss beschlossene Grundsatzpapier „Kriterien frauengerechter Stadtplanung“ enthält deshalb auch die Forderung *„Angsträume (Unterführungen, Parkhäuser, dunkle und unübersichtliche Wegebeziehungen) vermeiden.“* Statt des Tunnels soll hier ein tatsächlich barrierefreier Überweg für FußgängerInnen und RadfahrerInnen entstehen. Dafür werden am Überweg die Bordsteine auf Fahrbahnniveau abgesenkt.

Warum soll gegenüber dem Theater ein weiterer Fußgängerüberweg entstehen?

Die K.A.S. gegenüber dem Theater ist objektiv betrachtet das Eingangstor zur City. Aber es ist nicht einladend dieses Tor, sondern abweisend. Als AutofahrerIn fährt man schnell am Theater vorbei, als FußgängerIn will man sich hier nicht aufhalten. Heute trennen ein unüberwindbarer Zaun und die Betonmauern der Tunnelausgänge die beiden Straßenseiten auf 350 Meter Länge. So entstehen unwirtliche Räume, die viele Menschen nicht gerne aufsuchen, in denen viele Menschen nicht wohnen wollen. Dies führt zu zunehmenden Leerständen und blockiert die bauliche Erneuerung dieses Quartiers. Der Fußgängerüberweg würde diese Barriere aufbrechen. Die BewohnerInnen der nordöstlichen Nordstadt, und dies sind viele Menschen, könnten dann auch in beiden Richtungen die Straßenseite wechseln. Die westliche Nordstadt mit dem Spielplatz Burgstraße, den Vorspeler Anlagen und dem Theater könnten sie viel einfacher aufsuchen. Sie würden nicht mehr hinter einer Absperrung wohnen. Das versteckte Theater, auf das man ja auch ein wenig stolz sein darf, würde sich zum Stadtquartier öffnen und mit der Treppe eine Einladung aussprechen. Gegenüber dem Theater werden Taxiplätze entstehen, es gibt auch hier Parkplätze, es gibt zwei Restaurants, das Brandys und sogar einen Supermarkt.

Betonmauern versperren an der Haltestelle Rathausplatz den Weg

Wird die umgebaute Straße den Verkehr gut abwickeln können?

Für die Planung der K.A.S. wurde eine umfangreiche Machbarkeitsstudie durch ein Verkehrsplanungsbüro erstellt. Die Ampeln werden in Reihe geschaltet, der Verkehrsfluss bleibt gesichert. Eine Verkehrssimulation bestätigte, dass die Leistungsfähigkeit auf der gesamten Strecke gegeben ist. Zusätzlich wird ein moderner Verkehrsrechner mit der Umgestaltung in Betrieb genommen werden.

Was soll das Bürgerbegehren bringen?

Das Bürgerbegehren richtet sich einzig gegen den Bau der Theatertreppe. Die Fußgängerüberwege wurden schon 2012 endgültig beschlossen und können nicht mehr mit einem Bürgerbegehren angefochten werden. Und das ist auch gut so, denn das Land NRW, das 80% der Umbaukosten finanziert, hat in seinen Förderrichtlinien festgelegt, dass Straßenumbaumaßnahmen nur dann bezuschusst werden, wenn der Umbau auch dem bisher häufig vernachlässigten Fuß- und Radverkehr zu Gute kommt. Und dies wird insbesondere durch die Anlage der zusätzlichen barrierefreien Überwege erreicht. Das Land hat klargestellt, wenn die Fußgängerüberwege nicht gebaut werden, entfallen die gesamten Fördermittel für den Straßenumbau zwischen Merianstraße und Stadttheater. Die K.A.S. bleibt dann die Autobahn in der Innenstadt. Nachdem die Anwohnerinitiative „Freunde der Nordstadt“ sich verpflichtet hat, den kompletten städtischen Eigenanteil für den Bau der Theatertreppe in Höhe von 7.074,50 € zu bezahlen, fallen für die Treppe überhaupt keine städtischen Mittel mehr an. Die Unterhaltungskosten für das gesamte Theaterumfeld werden zwischen 0 € und maximal 1.000 €/Jahr steigen, das sind maximal 0,006 Ct./Einwohner/Jahr. Frühestens in 50 Jahren könnten also die Kosten eines Bürgerentscheids (50.000 €) eingespart werden, wenn das Theater so versteckt bleibt wie es ist. Das Landesgeld aber würde dann z.B. für den 140 Mio. € teuren Umbau des Döppersbergs in Wtal verwendet werden. Da ist unsere Solinger Planung doch sehr viel sinnvoller und preiswerter.

Lasst die Nordstadt nicht alleine!

Die Solinger Nordstadt hat dringenden Erneuerungsbedarf. Hier leben in städtebaulich sehr schlechten Verhältnissen viele finanziell schwache Menschen und viele MigrantInnen. Sie brauchen unsere Unterstützung. Die Nordstadt hat das Potential für einen sozialen, kreativen und multikulturellen Stadtteil. Dafür brauchen wir den Umbau der K.A.S. mit Bäumen, Kurzzeit-Parkplätzen und barrierefreien Fußgängerüberwegen statt Zäunen und hässlichen Betonmauern. Auch der bisherige Umbau der Innenstadt hat die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert und hilft Solingen insgesamt. Das Ziel, die Innenstadt menschenfreundlicher zu gestalten kann auch hier mit relativ geringen Eigenmitteln umgesetzt werden. Die Konrad-Adenauer-Straße ist nicht nur für den Verkehr da. Nein, hier wohnen, leben und arbeiten Menschen!

Dietmar Gaida

DAS „KOMMUNALWAHLPROGRAMM“ DER AFD

Die AfD will uns in eine neue Zeit führen Lesen Sie das „Kommunalwahlprogramm“ des Ortsverbandes Solingen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und entscheiden Sie dann selbst, ob diese rechtspopulistischen Spinner wählbar sind. Hier einige Kostproben (Orginalzitate aus dem Programm in Anführungsstrichen):

Laut AfD hat eine extrem verschuldete Stadt wie Solingen „jede Fähigkeit, ihre Gegenwart und Zukunft selbst zu gestalten, verspielt“. Allein „die AfD wird uns in eine neue Zeit führen“.

Das soll vor allem durch die Herstellung von „Sicherheit und Ordnung“ geschehen, weil „der Anteil nichtdeutscher und zudem noch als Mehrfachtäter in Erscheinung tretender Personen nahezu 25 % beträgt, obwohl Ausländer gerade einmal 11 % der Gesamtbevölkerung ausmachen“ und eine „beschleunigte Rückführung ausländischer Straftäter in ihre Herkunftsländer“ notwendig sei.

Auch „das elterliche Versagen bei jugendlichen Straftätern“ müsste „durch Kürzung von Sozialleistungen (bei Bezug von Hartz IV) oder erhebliche Geldstrafen“ sanktioniert werden. Die überharte Sanktionierung von Jugendlichen im ALG-II-Bezug (hundertprozentige Streichung der Hilfe zum Lebensunterhalt) soll also noch mehr verschärft werden.

Konkrete für Solingens Stadtentwicklung schlägt die AfD vor:

„Investoren für z.B. ein zeitgemäßes Kombibad und/oder einen Golfplatz müssen ermutigt und hierfür entsprechende Areale zur Verfügung gestellt werden.“

„Mindestens 10 % der vorhandenen Ampeln innerhalb der nächsten 4 Jahre“ sollen abgeschafft werden, um „die Ampel-Lobby“ zu bekämpfen, welche dafür verantwortlich sei, dass es in Solingen „eine höhere Ampeldichte als in den Zentren von Metropolen wie London oder Paris“ gibt.

„Das Stadtmarketing“ sei „mit der Ansiedlung neuer Unternehmen wenig erfolgreich. Nachbarstädte wie Haan sind bei vergleichbarer Topographie erfolgreicher“. Nachhilfe in Heimatkunde scheint also auch noch notwendig zu sein.

Frank Knoche

CDU schließt Zusammenarbeit mit AfD nicht aus

In ihrem Entwurf des Kommunalwahlprogrammes schließt die CDU eine Zusammenarbeit mit der rechtsextrem angesiedelten, ausländer- und europafeindlichen AfD ausdrücklich nicht aus. Im CDU-Programm-Kapitel, „Keine Zusammenarbeit mit Extremisten“, wird zwar jede Zusammenarbeit mit „Die Linke“, „Solingen aktiv“ (MLPD), „Pro-NRW“ und „NPD“ ausgeschlossen, aber die Alternative für Deutschland (AfD) bleibt unerwähnt, obwohl diese wahrscheinlich im nächsten Stadtrat vertreten sein wird, weil schon etwa tausend Stimmen ausreichen werden, um ein Mandat zu erhalten.

Pikanterie am Rande: Der von Jan Welzel abgelöste, langjährige Fraktionsvorsitzende der CDU, Bernd Krebs, befürwortete gegenüber dem Solinger Tageblatt eine Zusammenarbeit mit der AfD, während sein Nachfolger dies als eine „Einzelmeinung“ in der CDU bewertete. Offensichtlich konnte sich die CDU in ihrer Programmdiskussion nicht zu einer klaren Stellungnahme entscheiden und hielt diese Frage offen. Damit wäre eine schwarz/braune Mehrheit von CDU, FDP und AfD möglich. Die heimliche schwarz/grüne Option mancher CDU Strategen wird damit ebenfalls verbaut, weil es schwer vorstellbar ist, dass Grüne mit einer Fraktion koalieren würden, die bereit ist mit der AfD, direkt oder indirekt, zusammen zu arbeiten.

Frank Knoche

Junge Union ganz vorne dabei

Laut Solinger Tageblatt vom 22. März fordet die Junge Union Solingen Videoüberwachung in der Innenstadt. Vor allem in den Nacht- und Abendstunden.
ST: „Bis zu eine Million Euro soll die Stadt dafür bereitstellen. ‘Das muss uns die Sicherheit wert sein’“, sagt Flemm und bemängelt, SPD, Grüne, BfS und DSW hätten das Thema in den fünf Jahren ihrer Mehrheit nicht angefasst.
Der JU-Politiker glaubt, dass es noch Spielräume gibt, um im Rathaus Kosten zu sparen. Gewiss lasse sich Personal aus anderen Diensten abziehen.

Gute Idee. Ich schlage vor Fabian Kesseler mit eine Videokamera durch Solingen laufen zu lassen - vor allem in den Nacht- und Abendstunden. Damit könnte er dann einen Grimme-Preis nach Solingen holen.

E.P.

Quelle:
http://www.solinger-tageblatt.de/Home/Solinen/Vorstoss-fuer-Videoueberwachung-27008c87-0783-49ab-ad9f-3971a6025df0-ds

Fälschen REPs und Pro-NRW Wahlunterschriften?

Die Partei „Die Republikaner“ steht unter Verdacht, in Solingen Unterschriften für die Zulassung zur Europawahl gefälscht zu haben. Dem Wahlleiter vor Ort sei aufgefallen, dass die abgegebenen Unterschriften nicht mit den Unterschriften in der Passdatei übereinstimmten. Auf telefonische Nachfrage hätten angebliche Unterstützer angegeben, dass sie nicht für die Parteien unterschrieben hatten. Auch Pro NRW soll im Sauerland Unterschriften gefälscht haben. Auch die Stadt Wuppertal warnte vor falschen Unterschriftensammlern, offenbar von Pro NRW, die behaupten würden, dass sie vom Wahlamt der Stadt kämen, aber in Wirklichkeit Unterschriften gegen den Bau einer Moschee und für ihre Zulassung zur Kommunalwahl sammeln würden.

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DER BÜRGERENERGIE SOLINGEN

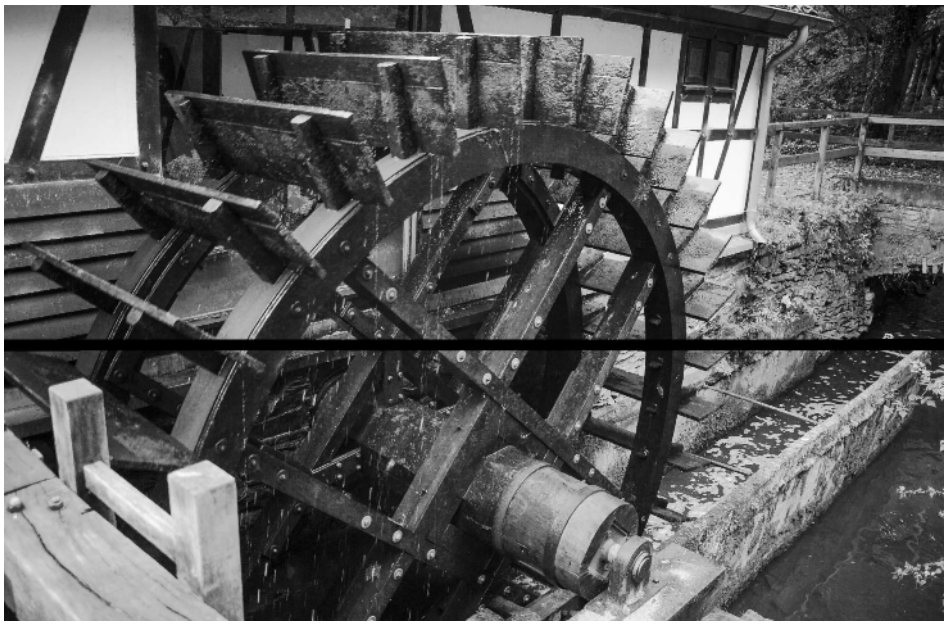
Am Abend des 13. März 2014 hat sich nach 8-monatiger Vorbereitungszeit die Genossenschaft BürgerEnergie Solingen (BESG i.G.) gegründet.

Diese neue Bürgerenergiegenossenschaft hat das Ziel, die Energiewende im Bergischen Land wirtschaftlich, umweltfreundlich, sozial gerecht, versorgungssicher und damit zukunftsfähig mitzugestalten.

Die 35 Gründungsmitglieder, darunter auch die AWO und die Bergische Bürgerenergie Genossenschaft (bbeg eG), trafen sich auf Einladung von Hans-Werner Bertl, Ingeborg Friege und Christian Robbin im Forum der Volkshochschule, beschlossen die Satzung und wählten den Aufsichtsrat.

Mitglieder des Aufsichtsrats sind Sibylle Arians, Horst Berg (Vorsitzender), Birgit Correns, Gundi Hübel-Dorn (stellvertretende Vorsitzende) und Ralf Schüle. Zum Vorstand der BESG, der die Geschäfte der Genossenschaft führt und diese nach außen vertritt, wurden Peter Bell, Ingeborg Friege und Christian Robbin bestellt

Vorstandsmitglied und Sprecherin der Gründungsinitiative Ingeborg Friege erläuterte auf der Versammlung die Ziele der BESG: „Gemeinsam mit der Stadt Solingen, den Bürgerinnen und Bürgern und den Stadtwerken soll die Genossenschaft auf die Senkung des Energieverbrauchs, die Steigerung der Energieeffizienz und die Unterstützung einer dezentralen, möglichst lokalen Erzeugung von Energie - weitgehend aus erneuerbaren Quellen - hinwirken. Das Genossenschafts-Modell trägt darüber hinaus zu Transparenz und Demokratisierung im Energiesektor bei.“ Damit ist ein erster Schritt getan, Bürgerinnen und Bürgern den Erwerb von Anteilen an den Stadtwerken Solingen zu ermöglichen. Die Gründung entspricht so einem Ratsbeschluss vom 21. Februar 2013 nach der im Herbst 2012 erfolgten Rekommunalisierung der Stadtwerke.



Erneuerbare Energien haben eine lange Tradition in Solingen/Wasserrad am Balkhauser Kotten Foto: Stephan Haeger

Ingeborg Friege dankte den vielen ehrenamtlichen Aktiven, die seit August 2013 eine Satzung entworfen, ein Geschäftsmodell entwickelt, Kontakte zum Genossenschaftsverband und zu möglichen Kooperationspartnern aufgebaut sowie Gespräche in der Politik, mit den Solinger Stadtwerken, der Stadtsparkasse, der Volksbank und verschiedenen Verbänden geführt haben. Sie zeigte sich überzeugt, dass das Engagement der Mitglieder im Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Arbeitsgruppen weiter wertvolle Früchte trage.

Voraussichtlich im Sommer 2014 ist mit einer Eintragung der BESG als „Genossenschaft in Gründung“ in das Genossenschaftsregister zu rechnen. Interessenten können über die E-Mail-Adresse am Ende dieser Seite Kontakt zur BESG aufnehmen.

Weitere Informationen unter
http://www.buergerenergie-solingen.de/

Mit Fragen und Interessensbekundungen wenden Sie sich bitte an: mail
info@buergerenergie-solingen.de

„VATER TERESA VOM TEGERNSEE“*

Erst kommt das Geld, dann kommt die Moral.

Freitag Mittag Eilmeldung, Uli H. tritt seine Haftstrafe an, er verzichtet auf eine Revision und legt seine Ämter nieder. Montag, keine Eilmeldung die Staatsanwaltschaft verzichtet ebenfalls auf eine Revision.

Was war gesehen? Spieler Uli setzte ohne Wetteinsatz (und wahrscheinlich nicht nur er) auf ein Deutsch-Schweizer Steuerabkommen, das im November/Dezember 2012 erst im Bundesrat und dann im Vermittlungsausschuss scheiterte.

Am 15. Januar informiert ihn seine Schweizer Bank telefonisch, dass ein Stern-Redakteur recherchiere nach einem Prominenten aus dem Sportbereich und stelle „blöde Fragen“.

Worauf im Hause Uli H. am idyllischen, bescheidenen Tegernsee die völlige Panik ausbrach. Anwälte und Familie wurden eiligst zusammen gerufen und der verwöhnte Zocker verlor die Nerven und wohl auch den Überblick.

Eiligst wird eine „Selbstanzeige“ wg. Steuerhinterziehung (das Gesetz gibt es bereits seit 1919) in Höhe von 3,5 Millionen Euro aufgesetzt und dem Finanzamt Rosenheim übergeben. Die erwirkt einen Haftbefehl (der gegen Zahlung einer Kaution von 5 Millionen Euro außer Vollzug gesetzt wird) und führt im März 2013 eine Hausdurchsuchung durch.

Im April wird der „Fall“ durch den „Focus“ öffentlich. Noch glaubt Uli das Spiel im seinem Sinne „kontrollieren“ zu können. Im Mai gibt er der „Zeit“ ein „Büßer“-Interview und lässt bei einer turnusmäßigen Sitzung des Aufsichtsrates seinen FCB stramm stehen und sich eine vorab-Absolution erteilen, und vergießt ein paar (Freuden?)-Tränchen. Im Juli erhebt die Staatsanwaltschaft München Anklage, im November gibt das Oberlandgericht München bekannt, dass es die Anklage unverändert zulässt.

10. März 2014 9:30 Uhr Prozess beginn

Es beginnt mit 3,5 Millionen, aus denen binnen kurzem 27,2 Millionen werden, um sich dann noch mal um eine Millionen zu erhöhen. Es wird mit Millionenbeträgen jongliert, als wenn es Peanuts wären. Alles was die Presse interessiert, ist die Frage ist die Selbstanzeige gültig ist, gibt es Haft- oder Bewährungsstrafe. Dass der Prozess auf nur vier Tage angesetzt war und auch durchgezogen wurde zeigt eigentlich, dass keiner der beteiligten jemals vor hatte, in die tiefen des Systems Höneß vor zu dringen.

Fragen die bleiben, wo kam das ganze Geld her? Wer stand hinter Uli H.? Ist er so ein Finanzgenie, dass er alleine (legal?) Millionenbeträge besorgen und verzocken konnte? Und warum ist er mit dem Talent nicht Bayrischer Finanzminister geworden?. In wieweit ist der FCB und sein Vorstand, seine Firma (HoWe Wurstwaren KG Nürnberg) und sein Familien-Clan darin verwickelt? Aber dann hätte man auch auf das deutsche (europäische) Finanz- und Steuersystem eingehen müssen und wer blickt da schon durch? Dass es in den Parlamenten nur so von Finanzlobbyisten wimmelt die alles daran setzen ein einheitliches und vereinfachtes Steuerwesen zu verhindern. Wenn ein Staat sich illegal von Kriminellen Steuer-CDs kaufen muss, was sagt das über die gesellschaftlichen Verhältnisse aus?

Um den Höneß-Prozeß (und all die anderen Steuerhinterziehungs-Prozesse) als Anlass für solche Fragen zu nehmen,und entsprechend endlich mal zu handeln, die Chance wurde mal wieder verpasst.

Mit seinen Urteil von dreieinhalb Jahren Haft hat der Richter gezeigt, dass er kein FCB-Fan ist.

Die Selbstanzeige als Reinwaschung von Steuerschuld und der Versuch, ihn als guten sozialen Menschen darstellen sind im Keim erstickt, was ungewollt zeigte, dass sich in Deutschland längst ein deutsches Oligarchentum unter der Decke breit macht.

* K.H. Rummenigge über Uli. H. und dessen soziales Engagement
Mehr über Uli H. ?
http://de.wikipedia.org/wiki/Uli_Hoeneß

Heinz Mähner

HEBAMMENUNTERSTÜTZUNG

Nach derzeitigem Stand werden die freiberuflichen Hebammen in Deutschland ab Juli 2015 nicht mehr haftpflichtversichert sein. Doch ohne Versicherung dürfen Hebammen weder Geburten betreuen, noch stehen sie Familien bei der Vor- oder Nachsorge zur Verfügung. Unter dem Motto: „Wir stehen für unsere Wahlfreiheit. Familien fordern Hebammen“ ruft daher ein breites Bündnis aus Hebammen- und Elterninitiativen die Politik auf, endlich eine tragfähige, dauerhafte Lösung zu finden.

Seit Jahren steigen die Prämien für die Haftpflichtversicherung der Hebammen, im Sommer 2015 droht der Markt nun endgültig zusammenzubrechen, denn die Nürnberger Versicherung hat verkündet, dass sie zum 1. Juli 2015 aus den beiden letzten verbliebenen Versicherungskonsortien für Hebammen aussteigen. Sowohl beim Deutschen Hebammenverband (DHV) als auch beim Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands (BfHD) ist offen, wer die Hebammen dann noch versichert. Zahlreiche Anfragen bei alternativen Versicherungsunternehmen im In- und Ausland blieben bisher erfolglos. Daher geben immer mehr Hebammen ihren Beruf auf. Bereits jetzt ist eine flächendeckende Versorgung bei Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett nicht mehr gegeben. Die Wahlfreiheit des Geburtsortes ist in vielen Regionen durch das Wegfallen der freiberuflichen geburtshilflichen Versorgung und die Zentralisierung der Geburtshilfe in wenigen Kliniken nicht mehr vorhanden. Während in der Vergangenheit also hauptsächlich die Hebammen selbst ihre prekäre Situation angemahnt haben, melden sich nun auch verstärkt die betroffenen Familien zu Wort. Die von Bianca Kasting initiierte Petition „Macht Euch stark für Eure Hebammen. Lasst uns gemeinsam für die Wahlfreiheit der Geburt einstehen und konkrete Maßnahmen fordern“ hat seit Beginn im Dezember 2013 bereits über 314.000 Menschen unterzeichnet (Stand 03.03.2014). In vielen Städten fanden und finden in diesen Tagen von Eltern organisierte Mahnwachen und Demonstrationen statt, viele davon initiiert, organisiert und/oder promotet von uns, der Hebammenunterstützung.

Wir starteten als kleine Elterninitiative, die am 14.02.2014 eine Facebook-Diskussionsgruppe gegründet hat, in welcher wir uns zum Thema der aktuellen Situation der Hebammen austauschen wollten. Wir, das sind die Gründungsadministratoren Eva Abert, Sandra Grimm, Ulrike Strelow, Christina Ströter und Anne Prokoph. Dazugekommen und ergänzt wird unser Team von Mareike Loll und zahlreichen großartigen Helfern im Hintergrund (http://www.hebammenunterstuetzung.de/unserteam) Wir haben nicht geahnt, was wir alles erreichen können. In weniger als 48 Stunden haben wir eine Rekordzahl von über 10.000 Gruppenmitgliedern überschritten, zählen jetzt schon über 15.000 Mitglieder, haben derzeit 440 Follower bei Twitter (Stand 3.3.2014) und planen nun gemeinsam verschiedene Aktionen zur Unterstützung von Hebammen. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht Presse und Politiker auf den neuesten Stand zu bringen und im Namen von Eltern, Schwestern, Brüdern, Omas, Opas, Tanten und Onkeln gemeinschaftlich für den Erhalt des Hebammenberufes zu kämpfen ... und somit auch für das Wohlergehen unserer Kinder, die hoffentlich in Zukunft noch zahlreich das Licht der Welt erblicken werden. Der Fokus liegt u.a. darauf publik zu machen, dass es sich nicht nur um den Wegfall der außerklinischen Geburtshilfe dreht. Gibt es keine Hebammen mehr sind Familien fortan nach der Geburt auf sich gestellt, haben in der Schwangerschaft keine kompetente Partnerin mehr an der Seite und sind bei Stillproblemen alleine gelassen. Kostenintensiv implementierte Projekte wie die Familienhebammen werden ersatzlos wegbrechen und insbesondere Familien, die nicht so einen leichten Start ins Leben hatten, sind dann ohne Unterstützung. Zu finden sind wir unter:

Unsere Homepage
http://www.hebammenunterstuetzung.de/

Unsere Facebookgruppe
https://www.facebook.com/groups/hebammenunterstuetzung/
Unserer Facebookseite
https://www.facebook.com/Hebammenunterstuetzung?fref=ts
Unserem YouTube-Kanal
http://www.youtube.com/channel/UCsd3TJmwNjz8T0o9neL7imw
Unserem Twitter-Feed
Twitter.com/RettetHebammen

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org
info@solingen-gehoert-uns.org

Stimmen Ukraine/Krim

Willy Wimmer: „Die USA wollen Deutschland in den Krieg ziehen.“ (iranisches Radio 28.02.2014,
http://www.youtube.com/watch?v=O3fNWgefjz0)
WILLY WIMMER war von 1976 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1985 bis 1988 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE .
Frederik Kühne (AfD-Solingen) auf Facebook: "Diplomatie mit dem ex-KGB-Chef und Alphatier Putin bringt meiner Meinung gar nichts mehr, darüber lacht der nur. Wenn Deutschland und Europa und die Nato sich nach Georgien nun auch noch bei der Ukraine lächerlich machen wollen, dann sollen sie einfach so weitermachen wie bisher. Meiner Meinung nach bringen wir Putin nur zum Einlenken, wenn wir mal schnell 10.000 Natosoldaten an die ukrainisch-polnische Grenze bringen, diese ggf. ohne Hoheitsabzeichen bis nach Kiew vorrücken lassen. So wie damals in Berlin sich Russen und Amis am Checkpoint Charlie gegenüberstanden. Nur DAS schüchtert Putin noch ein."
Antje Vollmer: „Derzeit wird an den Ersten Weltkrieg erinnert. Der ist auch deswegen ausgebrochen, weil Politiker sich leichtfertig in eine Fehleinschätzung der Lage hineingesteigert hatten. Von diesem Baum sind sie dann nicht wieder heruntergekommen. Die Grünen ähneln jetzt der SPD 1914. Im Augenblick ist es wichtig, die Politiker auf beiden Seiten des gerade wieder entstehenden Eisernen Vorhangs von diesen Bäumen der Hysterie wieder herunterzukriegen. …Ich habe immer gewusst, dass wir für den Bruch des Völkerrechts im Kosovo-Krieg irgendwann von Russland oder China die Rechnung vorgelegt bekommen… Die Zuspitzung der grünen Position durch sie (Rebecca Harms, redaktionell erklärt) und Marie-Louise Beck halte ich jedoch für verheerend. Plötzlich finden sich die Grünen rechts von Egon Bahr, Henry Kissinger und Helmut Kohl. Grüne Politik begann immer damit, Bomben und Feindbilder im eigenen Kopf zu entschärfen und Auswege aus Konfrontationen zu suchen, die die andere Seite auch realistisch gehen kann.“ (Berliner Zeitung 14. März 2014)

Hamburg 1918: Gehtraining beinamputierter Soldaten

Gibt`s Krieg? ein Kommentar von Frank Knoche

Was für eine Frage. 2013 gab es weltweit 20 Kriege und 414, als regionale Konflikte verharmloste, kleine Kriege, von denen viele nach wie vor den Zündstoff für größere Kriege beinhalten. Die Tendenz 2014 ist steigend. Der Krieg als legitimes Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist wieder zur Normalität geworden. Der alte leninistische Begriff „Imperialismus“, von vielen für Ideologie aus der Mottenkiste gehalten, erlebt seine ungenierte Wiederauferstehung. Immer dann, wenn scheinbar alte, supermächtige Weltreiche (Russland, USA) schwächeln, beginnt der Kampf um eine Neuaufteilung der Welt. In einer solchen gefährlichen Situation sind bereits zwei Weltkriege entstanden.

Neu für uns heute ist nur, dass der Krieg, wie 1914, nach Mitteleuropa zurückkehren könnte. Die Zündschnur dafür wurde in den völkerrechtswidrigen Kriegen in Jugoslawien (Kosovo), im Irak, in Afghanistan, sowie in Libyen gelegt. Wenn die Verantwortlichen für diese völkerrechtswidrigen Kriege, welche die Perspektive in den betroffenen Ländern eher verschlechtert als verbessert haben, jetzt Russland völkerrechtswidriges Verhalten vorwerfen, dann halten die sich nur den Spiegel vor.

Während die USA und die osteuropäischen Großmächte nicht wirklich bedroht sind, hat Russland tatsächliche Gründe sich ernsthaft umzingelt und bedroht zu fühlen. Ohne die Politik Gorbatschows hätte es die deutsche Vereinigung nicht gegeben. Das dafür gegebene Versprechen, keine Osterweiterung der NATO zu betreiben, wurde schnell und rücksichtslos gebrochen. Im gemeinsamen Haus Europa war kein Zimmer frei für Russland. Mit welchem moralischen (völkerrechtlichen) Anspruch will die NATO Russland jetzt verbieten, die russischen Minderheiten in der Ukraine und -Mehrheiten auf der Krim - zu schützen, wenn sie selbst das Völkerrecht mit Füßen getreten hat? Der Fluch der Bösen Tat rächt sich immer wieder.

Immer dann, wenn die völkerrechtlich schwierige Gratwanderung zwischen Nichteinmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht von Regionen auf Autonomie und Abtrennung stattfindet, versuchen Großmächte dies für ihre eigenen Interessen zu instrumentalisieren. Dies ist das bislang völkerrechtlich nicht gelöste Problem, weil nicht das Völker-Menschenrecht, sondern das Recht des jeweils Stärkeren regiert. Eben: Imperialismus.

INTERNATIONALE MELDUNGEN

Kiewer Eskalationsstrategie

Der estnische Außenminister äußert den Verdacht, „jemand aus der neuen Koalition" in Kiew könne die Scharfschützen-Morde auf dem Majdan veranlasst haben, die dem von Berlin massiv vorangetriebenen Umsturz in Kiew unmittelbar vorausgegangen sind. Dies geht aus einem abgehörten und im Internet veröffentlichten Telefongespräch hervor. Demnach hat Außenminister Urmas Paet der EU-Chefaußenpolitikerin Catherine Ashton kürzlich berichtet, eine Kiewer Ärztin sei der Auffassung, tödliche Wunden bei Polizisten und Demonstranten wiesen dieselbe Handschrift auf und könnten von denselben Mördern stammen.
(german-foreign-policy, 6.3.14)

Vom Stigma befreit

Die deutsche Außenpolitik vollzieht eine Zäsur und öffnet sich erstmals für eine demonstrative Kooperation mit Kräften der extremen Rechten. Am 20. Februar ist der Berliner Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit dem ukrainischen Faschistenführer Oleh Tiahnybok in den Räumen der deutschen Botschaft in Kiew zusammengetroffen. Unmittelbar flankiert von Tiahnybok stellte Steinmeier sich anschließend für die internationale Öffentlichkeit zu einem offiziellen Presse-Shooting. Wie das Auswärtige Amt auf seiner eigenen Webseite mit einem Bild bestätigt, nahm Tiahnybok, Vorsitzender der rechtsextremen Partei Swoboda, an den mehrstündigen Verhandlungen über den bewaffneten Umsturz in der Ukraine teil. (german-foreign-policy, 21.2.14)

Die Expansion europäischer Interessen

Beobachter warnten bereits im Dezember davor, dass es Organisationen wie der extrem rechten Partei Swoboda in zunehmendem Maße gelinge, die Stimmung unter den Demonstranten in Kiew zu prägen. Verantwortung dafür trägt auch Berlin, das Swoboda teils sogar direkt, vor allem aber durch seine politische Rückendeckung für den Schulterschluss der Oppositionschefs mit Swoboda-Anführer Oleh Tjahnybok unterstützt. Tjahnybok, erklärter Anhänger der SS-Division Galizien, wurde schon Anfang 2012 zu einem „Expertengespräch" der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew eingeladen. Zu Jahresbeginn hat Tjahnybok einen Gedenkmarsch von bis zu 20.000 Personen angeführt, der dem 105. Geburtstag des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera gewidmet war. Dessen „Organisation Ukrainischer Nationalisten" (OUN) beteiligte sich im Gefolge der Nazis an der Vernichtung des europäischen Judentums.
(german-foreign-Policy, 29.1.14)

Die Herero als Terroristen

Die Wochenzeitung der staatlich geförderten „Landsmannschaft Ostpreußen" erklärt die Herero zu „Terroristen" und den deutschen Genozid in Namibia an ihnen zum „Krieg gegen den Terror".
(german-foreign-policy, 17.02.14)

Die neue Kriegsschuldebatte

Ultrarechte Kreise in Deutschland sehen in der Debatte um die Schuld am Kriegsbeginn 1914 neue Chancen, auch die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg in Frage zu stellen. Der Historiker Stefan Scheil belege in seiner neuesten Publikation den „Expansionsdrang des jungen Staates Polen", der bei der Beurteilung des Kriegsbeginns 1939 in Rechnung zu stellen sei. Auch seien dem Einmarsch der Wehrmacht nach Österreich und in die Tschechoslowakei 1938 jeweils österreichische respektive tschechoslowakische „Provokationen" vorausgegangen, auf die Nazi-Deutschland lediglich reagiert habe, heißt es in der ultrarechten Wochenzeitung „Junge Freiheit". Die Zeitschrift „Der Spiegel" zitierte etwa zeitgleich die Behauptung, man müsse „den Anteil der Polen und der Engländer" am Kriegsbeginn 1939 „stärker gewichten".
(german-foreign-policy, 17.2.14)

Kaukasische Zwischenbilanz

Im Schatten des Machtkampfes um die Ukraine treibt Berlin die abschließende Unterzeichnung zweier weiterer EU-Assoziierungsabkommen voran. Verträge zur dauerhaften Anbindung Georgiens und Moldawiens an die EU sollen spätestens im August unterschrieben werden. Das Abkommen mit Georgien gilt als besonders wichtig, weil es die EU im strategisch bedeutenden Südkaukasus fest verankert und damit Russlands Stellung in einer höchst sensiblen Region schwächt: Zum einen kann Georgien Einfluss auf die Unruhegebiete des russischen Nordkaukasus nehmen; zum anderen durchziehen strategisch wichtige Pipelines die Region. Der Fortschritt in den Atomverhandlungen mit Iran lässt prinzipiell sogar die Einspeisung iranischen Erdgases in die nach Europa führenden Südkaukasus-Pipelines als denkbar erscheinen.
(german-foreign-policy, 14.2.14)

Der Weltordnungsrahmen

Mit ausführlichen Plädoyers der deutschen Staats- und Regierungsspitze hat die Berliner PR-Kampagne für eine Ausweitung der EU-Militäreinsätze am Wochenende ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Deutschland müsse „entschlossener" vorgehen, um den globalen „Ordnungsrahmen ... zu formen", erklärte Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Nach seiner Auffassung habe Deutschland „seine Rolle in der Welt noch nicht gefunden"
(german-foreign-policy, 3.2.14)

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

KINO FÜR MENSCHENRECHTE 2014

Auch 2014 zeigt die Solinger Gruppe von Amnesty International wieder Filme, die verschiedene Menschenrechte thematisieren.

Bei den ersten beiden Filmen steht das Thema „Flüchtlinge“ im Mittelpunkt.

Jeder hat sicher noch die schrecklichen Bilder in Erinnerung, als fast 300 Flüchtlinge im Mittelmeer vor der Insel Lampedusa vor den Augen der Küstenwache ertranken. Der Film „Die Farbe des Ozeans“ zu dem Thema spielt auf einer Kanarischen Insel, auf der Flüchtlinge aus Senegal in einem kleinen Boot stranden. Es wird die Frage gestellt, ob der Einzelne Flüchtlingen überhaupt Hilfe bieten kann, was Hilfe ist und wo diese beginnt.

Der zweite Film „Revision“, ein Dokumentarfilm, rekonstruiert die Umstände, die 1992 zum Tod zweier Männer auf einem Feld nahe der deutsch-polnischen Grenze führten. Ermittlungen ergeben, dass es sich bei den Toten um rumänische Staatsbürger handelt. Sie werden bei dem Versuch, die EU-Außengrenze zu überschreiten, von Jägern erschossen. Diese geben an, die Menschen mit Wildschweinen verwechselt zu haben. Vier Jahre spä-ter beginnt der Prozess, aber aus Rumänien ist niemand der Familienangehörigen dazu angereist.

„Whistleblower“, der dritte Film, zeigt eine amerikanische Polizistin, die als Peacekeeper in Bosnien nach dem Krieg helfen will, ein zerstörtes Land wieder aufzubauen. Ihre Erwar-tungen werden enttäuscht, als sie Korruption, Intrigen und Menschenrechtsverletzungen inmitten einer Welt der privaten Auftragnehmer und der multinationalen Diplomatie entdeckt.

Im vierten Film „AI WEIWEI: NEVER SORRY“, ein Dokumentarfilm, wird der international bekannte Künstler und Aktivist Ai Weiwei drei Jahre lang begleitet. Das Portrait ermöglicht einen Einblick in Ai Weiweis Persönlichkeit, sein Privatleben und sein Schaffen: eine differenzierte Beschreibung des heutigen Chinas zwischen Willkür und Widerstand.

Wir legen einen besonderen Schwerpunkt auf den Dialog, deshalb laden wir ein, mit uns und sachkundigen Referentinnen und Referenten anschließend zu diskutieren und nachzufragen.

Helmut Eckermann
Solinger Gruppe von Amnesty International
http://www.amnesty-solingen.de/

Wir legen einen besonderen Schwerpunkt auf den **Dialog**, deshalb laden wir ein, mit uns und sachkundigen Referentinnen und Referenten anschließend zu diskutieren und nach-zufragen.
2014 zeigen wir die Filme in Kooperation mit der Bergischen VHS Solingen.
Die Termine sind jeweils: Dienstags, 19 Uhr im Forum der Bergischen VHS, Mummstr. 10
Der Eintritt ist **frei**. Um **Spenden** wird gebeten.

— 8. April 2014 **Die Farbe des Ozeans**
(Spielfilm, Deutschland/Spanien 2011)

— 13. Mai 2014 **Revision**
(Dokumentarfilm, Deutschland 2012)

— 21. Oktober 2014 **Whistleblower - In gefährlicher Mission**
(Spielfilm, USA 2010)

— 2. Dezember 2014 **Ai Weiwei - Never sorry**
(Dokumentarfilm, USA 2012)

„Hier dürfen wir nicht sein, aber weiter läßt man uns auch nicht“

Flüchtlinge in Calais und die europäische Flüchtlingspolitik

Am 13. März dieses Jahres fand im Cafe Courage eine besondere Veranstaltung statt. Kein Mensch ist illegal informierte über die Situation der Flüchtlinge in Calais, die nach Großbritannien wollen. Die Mitglieder der Organisation „No border“ und die Musik von „capito si“, sowie ein Dokumentarfilm lieferten den Stoff für eine lebhafte Diskussion über die unmenschliche europäische Flüchtlingspolitik und die Möglichkeiten der Gegenwehr und Hilfe vor Ort.

Deutlich wurde, dass es viele Gründe gibt, warum Tag für Tag Menschen aus aller Welt ihre Familien und ihre Heimat verlassen. Sie haben die Hoffnung, sich in Europa ein sicheres Leben und eine menschenwürdige Zukunft zu gestalten. Da Deutschland die politischen Voraussetzungen geschaffen habe, dass nur ein geringer Teil der Migrantinnen und Migranten hier dauerhaft bleiben kann, bekämmen wir kaum mit, was in ganz Europa tatsächlich los ist. Ganz offensichtlich werde das in Calais, der französischen Hafenstadt, die nur wenige Kilometer Wasser von England trennt. Hier sammeln sich hunderte von Flüchtlingen auf ihrer langen und gefährlichen Reise. Sie alle wollen nach Großbritannien, weil sie sich dort bessere Bedingungen erhofften. In Calais jedoch seien sie jeden Tag den willkürlichen Repressionen und brutalen Übergriffen durch Polizeieinheiten ausgesetzt und von Abschiebung bedroht.

Sachspenden für die Flüchtlinge in Calais (Zelte, Planen, Schlafsäcke, Fahrradzubehör, Geschrr, Bücher, Lexika, Spiele , Werkzeug, Telefon usw.) können über tacheles vermittelt werden. Spendenkonto: Antirassistische Initiative Wuppertal e.V./ Stichwort: kmii/Kto.: 950899, BLZ: 330 500 00, Stadtsparkasse Wuppertal

Frank Knoche

Hier Könnte Ihr Verein / Ihre Anschrift stehen!
Bezug des Aufklebers: www.kmii-koeln.de

Veranstaltungen im Zentrum für Verfolgte Künste zum 1. Weltkrieg

Donnerstag 3. April 19:30 Uhr
„Neue Menschen“ Kammeroper über Else Lasker-Schüler - 10 € / 5 €

Sonntag 4. Mai 11 Uhr
„Der Blaue Reiter ist gefallen“ oder Europa am Abgrund
Eine Multimediashow von **Heiner Bontrop**
7 € / 5€

Mittwoch 7. Mai 19:30 Uhr
„Abgründe und Wunder in einem Bild“
Ausgewählte Beispiele aus der Kriegs- und Krisenfotografie von **Ursula Meissner**. Lichtbildvortrag.
Moderation: **Dr. Justinuns Maria Calleen**
6 € / 3 €

Sonntag 17. Mai 19:30 Uhr
„Das Böse in der Literatur“
Konzert-Lesung
Rezitation: **Renan Demirkan**
Viola: **Werner Dickel**, Cello: **Susanne Müller-Hornbach 7 € / 3 €**
Finissage der Ausstellung **Ursula Meissner** „Die Natur des Bösen – Menschen hinter den Kriegen“

Bis einschließlich 18. Mai
„Krieg dem Kriege“
Begleitausstellung über **Ernst-Friedrich**.
4 Vitrinen widmen sich historischen Themen mit Fotos, Zeichnungen, Büchern, Militärspielzeug, „Solingen und der erste Weltkrieg“.

Zentrum für Verfolgte Künste/Kunstmuseum Solingen, Wuppertaler Str. 160, Solingen
http://www.kunstmuseum-solingen.de
www.else-lasker-schueler-gesellschaft.de

Mein Volk
Der Fels wird morsch
Dem ich entspringe
Und meine Gotteslieder singe ...
Jäh stürz ich vom Weg
Und riesele ganz in mir
Fernab, allein über Klagegestein
Dem Meer zu.
Hab mich so abgestömt
Von meines Blutes
Mostvergorenheit.
Und immer, immer noch der
Widerhall
in mir,
Wenn schauerlich gen Osten
Das Morsche Felsgebein
Mein Volk
Zu Gott schreit.

Else Lasker-Schüler 1905

Nordstadt ist Kultur

In der Nordstadt öffnet in der ehemaligen Gaststätte Berlioz an der Potsdamer Straße 1 das *Studio 1* auf einer Fläche von ca. 120 m² seine Türen.

Die drei Männer vom *Studio 1* sind Markus Henning, Rolf Leukel und Ralph Tepel. Sie planen mehrere Events über das ganze Jahr hinweg: So u.a. zum 1. Mai und zum 1. August (Beginn des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren) sowie eine Performance zu Texten von Walter Mehring, einem Früh-Dadaisten, dessen Veröffentlichungen zu seiner Zeit alle verboten waren. Im Laufe des Jahres wird an einem Termin auch eine psychodelische Show angeboten.

Die Idee zum *Studio 1* kam den Initiatoren nach einer Lesung mit Texten von Christian Morgenstern im Berlioz. Ziel des Projekts ist es, die Nordstadt kulturell zu beleben. Dabei werden politische Fragen nicht ausgespart sondern kulturell eingebunden.

Ralph Tepel, der Besitzer des Hauses, Wirt und Fotograf zugleich, stellt die Räume für die Veranstaltungen zur Verfügung. Zusätzlich werden an der Potsdamer Straße 1 Foto-Kurse in Zusammenarbeit mit Foto Kauska angeboten. Die Räumlichkeiten können auch für Partys und Feierlichkeiten angemietet werden.

Anette und Dietmar

Kontakt zur Raumvermietung
und zu *Studio 1*: Tel.: 0212/ 24921305

Bürgerfunk in Remscheid und Solingen

April 2014
1.4.2014 Dienstag 21:00 Radio Stammtisch
4.4.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
6.4.2014 Sonntag 20:00 Stimme der Senioren
11.4.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
13.04.2014 2 Sonntag 20:00 Hangkgeschmedden
18.4.2014 Freitag 20:00 Bürgerfunk entfällt
25.4.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
26.4.2014 Samstag 19:00 Mixed Tape
29.04.2014 5 Dienstag 21:00 Ohrwerk

Mai 2014
2.5.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
4.5.2014 Sonntag 20:00 Stimme der Senioren
6.5.2014 Dienstag 21:00 Radio Stammtisch
9.5.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
11.5.2014 Sonntag 20:00 Hangkgeschmedden
16.5.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
20.5.2014 Dienstag 21:00 Ohrwerk
23.5.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
30.5.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
31.5.2014 Samstag 19:00 Mixed Tape

Juni 2014
3.6.2014 Dienstag 21:00 Radio Stammtisch
6.6.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
8.6.2014 Sonntag 20:00 Hangkgeschmedden
13.6.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
17.6.2014 Dienstag 21:00 Ohrwerk
20.6.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
27.6.2014 Freitag 21:00 Bürgerfunk entfällt
28.6.2014 Samstag 19:00 Mixed Tape

6. April 10:30 Uhr
Mahngang zur Gedenkstätte/ Gedenkveranstaltung Wenzelnberg

Treffpunkt: Parkplatz Romantik-Hotel Lohmann

gruppeninfos

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:
Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

Ausländerrechtliche Beratungskommision:
Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

BürgerEnergie Solingen, Genossenschaft in Gründung:
Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“: www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 1. Montag im Monat. 19h, Café Courage
Kontakt: Birgit Correns, Widderter Straße 45, Tel.: 80157

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG Niederberg/Berg, Land: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen, anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingsberatung: Kontakt: Tel: 0171/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de,
Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage,
Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 10.4.2014, 20h, dann 14-tägig

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Tel.: 0212 23 13 44 33

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein:
Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkeis Stolpersteine:
c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):
www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96